

Bildung bei steigenden Schülerzahlen sichern

„geraer wochenmagazin“ befragte Oberbürgermeisterin und Stadtratsfraktionen

Gera (gw). „Wie kann die Stadt Gera als Schulträger bei steigenden Schülerzahlen die Beschulung von Grundschulern im Stadtzentrum und von Gymnasiasten in den kommenden Jahren absichern?“ Das fragte das „geraer wochenmagazin“ die Oberbürgermeisterin und die Fraktionen des Stadtrates. Mit dem Beschluss zum Haushalt 2016 hat der Stadtrat wichtige Weichen für die Gestaltung der schulischen Bildung in unserer Stadt gestellt. „Bis 2023 wollen wir fast 40 Millionen Euro in unsere Schulen investieren“, sagte OB Dr. Viola Hahn. Auf Grundlage des Stadtratsbeschlusses können die Kapazitäten der Gymnasien durch Investitionen ins Zabelgymnasium und den Campus Rutheneum gesichert werden. Das Liebegymnasium erhält durch einen Erweiterungsbau zusätzliche Plätze. „Damit werden nicht nur mehr Plätze geschaffen, sondern auch die Lernbedingungen an den Schulen deutlich verbessert. Herausragendes Beispiel dafür ist der Campus Rutheneum“, so Dr. Hahn. Um dem Bedarf an Grundschulplätzen im Stadtzentrum zu entsprechen, wird die Ostschule umfassend saniert und in eine Gemeinschaftsschule umgewandelt. Die OB

verwies auch auf private Initiativen, die dazu beitragen, dem Bedarf an Grundschulplätzen im Stadtzentrum und an gymnasialer Bildung gerecht zu werden.

Als Schulträger hat Gera die Beschulung an allgemeinbildenden Schulen für alle Kinder abzusichern. Dabei sind in zwei Schulformen die Schülerplätze seit Jahren im Fokus, weil bei den Grundschulen im Stadtzentrum und bei den Gymnasien insgesamt die Kapazitäten de facto ausgereizt sind. Die „Verdichtung“ der letzten Jahre hat zu Klassengrößen bis 30 Schülern geführt. Hörträume wurden zu Klassenräumen umfunktioniert. Dies ist keine Lösung, denn die Schülerzahlen an Grundschulen im Zentrum und Gymnasien steigen an. Gera kann seine Abiturienten nur noch mit Hilfe des Landkreisgymnasiums beschulen. Eine Kapazitätserweiterung durch den Anbau am Liebegymnasium sowie die Sanierung der Ostschule und Umwandlung zur Thüringer Gemeinschaftsschule mit Grundschulteil ist unaufschiebbar und auch Beschluslage im Schulnetz- und Schulsanierungsplan. „Der Plan der Oberbürgermeisterin,

der erst 2021 zu erfüllen, gefährdet die Bildungsgerechtigkeit in Gera“, so Andreas Schubert, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.

Eine Absicherung der Beschulung besteht neben der Anzahl an Schülerplätzen auch in der Absicherung der Qualität des Schulunterrichts. „Beginnend mit einer belastbaren Analyse der Schülerzahlen über die Nutzung und zumindest ideale Förderung freier Schulen und nicht zuletzt durch politisch nicht motivierte Entscheidungen zur Schulplatzentwicklung ist es möglich“, mittelfristig das „Problem der Unterkapazitäten“ zu lösen“, so Kerstin Pudig, Fraktionsvorsitzende der Liberalen Allianz. Ein entscheidender Meilenstein dabei sei die Entwicklung der Gemeinschaftsschule Ostschule. Daneben habe Gera in den letzten Jahren ein sehr ausdifferenziertes Angebot an öffentlichen und privaten Grund- und Gemeinschaftsschulen geschaffen, die uns als Schulträger helfen, Minderkapazitäten im innerstädtischen Grundschulbereich zu kompensieren: Freie Waldorfschule, Entdeckerschule des TÜV-Rheinland, Grundig-Gemeinschaftsschule, Christliche Schule und um

möglichst niemanden zu vergessen, sei auch die leidenschaftlich um staatliche Anerkennung kämpfende Schulinitiative „Geraneum – die Gesundheitsschule“ erwähnt. „Wir als Liberale Allianz hoffen sehr, dass zum Schuljahresbeginn 2016/17 auch sie formal an den Start gehen darf“, sagt Prof. Dr. Thomas Weil, Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport.

Das Sozialdezernat sollte endlich einen plausiblen Schulnetzplan vorlegen. „Der letzte Entwurf war völlig unzureichend“, kommentiert Uwe Heimowski, „er hat die absehbar steigenden Schülerzahlen vollkommen ignoriert und unrealistische Platzzahlen angegeben.“ Mit der Schließung der Grundschule in Aga würde ein absehbar falscher Weg beschritten. Eine Wiedereröffnung und nachhaltige Sicherung des Standortes, damit nicht Schüler vom Rand der Stadt ins Zentrum schieben, muss jetzt ein Thema sein. Um nicht weitere Plätze einzubüßen, wird der Campus Rutheneum benötigt, betont der CDU-Kommunalpolitiker. Mittelfristig muss der Ausbau der Ostschule zur Thüringer Gemeinschaftsschule realisiert werden.

Außerdem sind die freien Träger in der Stadtmitte zu unterstützen, die mit notwendige Plätze schaffen.

„Wir brauchen verlässliche Zahlen zu aktuellen und glaubwürdige Zahlen zu zukünftigen Aufgaben; diese waren noch bis nach der Entscheidung zum Schließen der Aga Grundschule umstritten“, erklärt Dr. Harald Frank, Fraktionsvorsitzender der Bürgerschaft. Im Interesse der mittelständischen Wirtschaft, des Handwerks und des Erhalts unseres hochleistungsfähigen Industriestandortes Deutschland dürfe der Abitürgang nicht noch weiter beworben werden. Zu viele Abiturienten und zu viele fehlgeleitete, abbrechende und arbeitslose „Sozial-Akademiker“ würden den Sozialstaat belasten und den Industrie-Staat bedrohen. „Wir dürfen unser Bildungssystem nicht mit Migranten belasten, wenn wir nicht sicher sind, sie aufnehmen zu müssen oder haben zu wollen. Integration muss Sinn ergeben, vor allem für die aufnehmende Gesellschaft“, betont Dr. Frank. „Wir dürfen unser Bildungssystem nicht herausfordern mit immer neuen Experimenten. Inklusion überfordert unsere Ressour-

cen und behindern damit die Masse der Schüler.“

Unsere wichtigste Ressource ist Bildung. „Durch die gemeinsame Initiative der Stadtratsfraktionen, aber auch der Stadt und der Landesregierung, kann an mehreren Schulen ab diesem Jahr schon die Sanierung starten. Alleine eine sanierte Ostschule kann als neu gestartete Gemeinschaftsschule endlich die Bergschule entlasten, ein Anbau am Liebegymnasium erweitert das Objekt“, sagt Uwe Rüdiger von der SPD-Fraktion. Auch die geplante private Erweiterung der christlichen Schule am Hauptbahnhof sehe man als Schub, um die Problematik zu lösen, und schafft dabei sogar eine Angebotsvielfalt. Dabei helfen zur Zeit auch private Träger, um das Problem zu entschärfen. Das alles geschähe bisher ohne Schulnetzplan und ohne ein Schulbauprogramm, diese müssten unbedingt noch seitens der Stadt folgen. „Wir als SPD-Fraktion blicken optimistisch in die Zukunft, und werden weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, das hier alle Schüler in modernen, sanierten und nicht überfüllten Klassen lernen können“, so Rüdiger.